

Strahlentelex

mit ElektromogReport

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit

ISSN 0931-4288

www.strahlentelex.de

Nr. 336-337 / 15. Jahrgang, 4. Januar 2001

Atomwirtschaft:

135.000 Unterschriften gegen den Europäischen Druckwasserreaktor gesammelt. Ein Bericht von Markus Pflüger.

Seite 2

Atompolitik:

Die Mitglieder der Reaktorsicherheitskommission (RSK) sind für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt worden.

Seite 3

Uranmunition:

Der offizielle Bericht über den militärischen Einsatz abgereicherten Urans im Kosovo wird für Anfang dieses Jahres erwartet.

Seite 4

Strahlenbelastung:

Im Bericht der Bundesregierung für 1999 blieb alles beim alten Seite 5
Nahrungsmittelbelastungen im Überblick aus dem Jahr 2000 Seite 6

Atomwirtschaft

Letzter Reaktorblock von Tschernobyl abgeschaltet

Rußland bietet sich als atomares Endlager an

Der dritte und letzte noch arbeitende Reaktor im Atomkraftwerk Tschernobyl ist am 15. Dezember 2000, wie es heißt endgültig, abgeschaltet worden. Während eines Festaktes in Kiew gab Präsident Kutschma das Kommando an den Betriebsdirektor, den Reaktor stillzulegen. In einer Live-Schaltung zum Kontrollraum des Reaktors verfolgten mehrere hundert Gäste aus dem In- und Ausland, wie daraufhin ein Ingenieur einen Knopf drückte, um den Reaktorblock herunterzufahren. Die sieben führenden Indu-

striestaaten und die Europäische Union (EU) hatten die Ukraine zuvor über Jahre hinweg vergeblich zu diesem Schritt gedrängt. Zuallererst wird laut Kutschma mit der Abschaltung der Opfer gedacht, die nach dem atomaren Desaster vom 26. April 1986 zum Löschen und Aufräumen nach Tschernobyl geschickt worden waren und infolge der Verstrahlung starben. Laut Schätzungen seien zudem allein 3,5 Millionen Ukrainer auf Grund erhöhter Radioaktivität erkrankt. Kutschma meinte vor diesem Hinter-

grund, die Ukraine habe sich nun endgültig vom totalitären Regime und von seiner Tyrannei gegenüber der Gesellschaft und der Natur losgesagt.

Kutschma verwies den Agenturmeldungen zufolge darauf, daß Tschernobyl in den vergangenen Jahren etwa fünf Prozent des gesamten Stroms im Land produziert habe. Wegen der andauernden Energiekrise bedeute dieser Verlust jetzt ein beträchtliches Risiko. Allerdings hatten in den vergangenen Wochen sowohl die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) wie auch die EU zugesagt, Kiew Finanzhilfen für den Kauf fossiler Brennstoffe zu überweisen. Außerdem stimmte die EBRD einem Kredit in Höhe von 215 Millionen Dollar für die Fertigstellung zweier umstrittener Ersatzreaktoren in Riwna und Chmelnitzki zu, während die EU dafür 585 Millionen Dollar bereitstellen will.

Einen Tag zuvor hatte Kutschma das Atomkraftwerk und die Stadt Slavutitsch besucht, die nach dem Reaktorunfall innerhalb von eineinhalb Jahren aus dem Boden gestampft worden war, um das

Diese Ausgabe mit Register für den Jahrgang 2000 ab Seite 9

Kraftwerkspersonal und dessen Familien unterzubringen, die den verseuchten Ort Pripjat hatten verlassen müssen. Im Beisein der Regierungschefs von Rußland und Weißrußland bezeichnete er die Stilllegung Tschernobyls als trauriges Ereignis vor allem für die 9800 Angestellten, denen das Kraftwerk Heimat sei. Tschernobyl müsse aber vor allem wegen sicherheitstechnischer Mängel abgeschaltet werden, zumal die Ukraine eine umfassende Reparatur und Modernisierung nicht finanzieren könne.

Unterdessen forderte die Umweltorganisation Greenpeace, daß nicht nur Tschernobyl, sondern alle Reaktoren vom Typ RBMK-1000 auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion geschlossen werden müßten. Ein Dutzend weiterer befinden sich in Rußland und in Litauen. Man könne nicht weitere 14 Jahre warten, bis auch diese höchst anfälligen Reaktorblöcke abgeschaltet würden. (Forts. nächste Seite)

Strahlentelex, Th. Dersee, Rauxeler Weg 6, 13507 Berlin
Postvertriebsstück, DPAG, „Entgelt bezahlt“ A 10161 E

Russische Duma billigt den Import von Atommüll

Am 22. Dezember 2000, wenige Tage nach der Schließung des Atomkraftwerks Tschernobyl und ungeachtet mehrerer schwerer Unfälle im Plutoniumwerk Majak im Ural kam die russische Duma dem Wunsch des Ministeriums für Atomwesen Rußlands nach und billigte den Import von Atommüll nach Rußland. Damit bietet sich Rußland als atomares Endlager an und will so in den nächsten zehn Jahren bis zu 20 Milliarden Dol-

lar verdienen.

Mit dieser Änderung von zwei Gesetzen zur Nutzung der Atomenergie und zum Umweltschutz wird das Importverbot für Atommüll aufgehoben. Bisher waren davon nur Länder ausgenommen, für die die Sowjetunion Atomkraftwerke gebaut hatte. Gegen die Änderung stimmten die Mitglieder der liberalen Jabloko-Fraktion. Deren Leiter Grigorij Jawlinskij sagte Pressemeldungen zufolge, man könne der Regierung eine derart gefährliche Prozedur nicht an-

vertrauen. Zu den 14.000 Tonnen abgebrannter Brennelemente, die heute bereits im Land gelagert sind, könnten nach Angaben des Abgeordneten Robert Nigmatulin in Zukunft 20.000 Tonnen aus europäischen und asiatischen Ländern kommen. Aus den erwarteten Einnahmen sollen 3,5 Milliarden Dollar in den Staatshaushalt, 2,5 Milliarden Dollar in die Atomindustrie, 7 Milliarden Dollar in die Entwicklung neuer Technologien und ebensoviel in den Umweltschutz fließen.

Die Duma hat sich damit über eine im Sommer 2000 gestartete Initiative von Umweltverbänden hinweggesetzt, die bereits Mitte Oktober 2000 zur Initiierung einer Volksabstimmung gegen die Einfuhr von ausländischem Atommüll 2,5 Millionen Unterschriften bei den zuständigen Wahlkommissionen in Rußland abgegeben hatten. Weitere Informationen beim mehrsprachigen Moskauer Stadtjournal unter www.moskau.ru ●

Atomwirtschaft

135 000 Unterschriften gegen den Europäischen Druckwasserreaktor

Ende November 2000 schlug die europäische Energiekommissarin Loyola de Palacio in Strassburg vor, die Nutzung der Atomenergie als klimaschonend und notwendig für die Versorgungssicherheit in das geplante Grünbuch der EU-Kommission aufzunehmen. Dieser Vorschlag traf beim Deutschen Atomforum auf große Zustimmung und bestärkte die Reaktorbauer und -betreiber in ihrem Bemühen, an der Atomenergienutzung festzuhalten.

Markus Pflüger berichtet über die Bestrebungen, baldmöglichst eine neue europäische Reaktorgeneration zu etablieren, wenn nicht in Deutschland, so doch möglicherweise in Frankreich.

Die internationale Kampagne gegen eine neue europäische Reaktorgeneration hat ihr Ziel, 100.000 Unterschriften zu sammeln, im Frühjahr 2000 selbst übertroffen. „Kein neues Atomkraftwerk - auch nicht in Frankreich!“ forderten in Frankreich rund 82.000, über Greenpeace 30.000 und in Deutschland: 23.000 Menschen. Die erfolgreiche Kampagne vom französischen Netzwerk für den Atomausstieg und Umweltverbänden,

darunter Robin Wood sowie die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, musste allerdings zum Abschluss der Unterschriftensammlung ein undemokratisches Verhalten des französischen Premierministers hinnehmen: Jospin nahm die gesammelten Unterschriften zum Jahrestag von Tschernobyl nicht entgegen. Die Unterschriftenpakete konnten schließlich nur im Regierungspalast in Paris unter den Augen der Presse und einer starken Polizeipräsenz deponiert werden. Die internationale Delegation schickte Jospin einen offenen Brief und forderte endlich Antworten auf viele offene Fragen bezüglich des Umgangs mit dieser Risikotechnologie in Frankreich und den katastrophalen Folgen für Natur, Mensch und Demokratie.

Seit 1989 plant Siemens mit seinem französischen Partner Framatome einen neuen, angeblich „inhärent sicheren“ Reaktortyp. Mit dem Bau des European Pressurized Reactor (EPR) soll eine Referenzanlage für den Export realisiert werden. Der EPR soll Export-schlager im Besonderen für Entwicklungsländer werden. Der Standort für den Referenzreaktor ist für die Unternehmen relativ unerheblich.

Was in Deutschland politisch nicht realisierbar ist, könnte in Frankreich gebaut werden, wie die Wiederaufarbeitungsanlage La Hague und die MOX-Brennelementefabrik Cadarache zeigen. Mehrere mögliche Standorte wurden in Frankreich genannt: Le Carnet (dort demonstrierten allerdings 1997 40.000 Menschen gegen den EPR) sowie Malville (Standort des stillgelegten Schnellen Brütters Superphénix).

Die Zustimmung, den EPR in Frankreich bauen zu lassen, wurde vom französischen Premier auf 2003/2004 verschoben. Das Datum ist kein Zufall, die Präsidentschaftswahl findet in Frankreich im Jahr 2002 statt.

Zur Sicherheit des EPR

Die Sicherheitsvorkehrungen innerhalb des EPR sollen vor unkontrollierten Niederdruckkernschmelzen schützen. Ihre Funktionsfähigkeit ist jedoch stark umstritten. Hinzu kommt: die Wahrscheinlichkeit für eine Kernschmelze mit niederem Druck liegt bei 3 Prozent. Weitaus wahrscheinlicher sind Hochdruckkernschmelzen (97 Prozent), und gegen die ist auch der EPR nicht gewappnet. Die notwendigen Vorkehrungen sind ökonomisch nicht durchsetzbar.

Während der Konsensgespräche im Jahr 1993 bot Gerhard Schröder in seiner Funktion als niedersächsischer Ministerpräsident der deutschen

Atomlobby an, die Realisierung des EPR, so wörtlich, als „Fadenabrisßvermeidungsreaktor“ zu akzeptieren. Im Tausch gegen einen geregelten Auslaufbetrieb der Altkernreaktoren und mit der Garantie, die Atomtechnologie auch künftigen Generationen offenzuhalten. Damit der „technologische Faden“ nicht abreißt, denn ab 2005 muß europaweit ein Großteil der konventionellen Kraftwerke ersetzt werden. Siemens und Framatome wollen also den Fuß auf dem europäischen und Internationalen Markt in der Tür halten, um ein neues Atomprogramm zu starten und alte Reaktoren zu ersetzen. Der EPR wurde auf der EXPO in Hannover ausgestellt und als sicheres Atomkraftwerk angepriesen.

Es gilt weiter wachsam zu bleiben und gemeinsam mit französischen Anti-Atom-Initiativen gegen eine neue europäische Reaktorgeneration zu kämpfen.

Markus Pflüger

Markus Pflüger ist Diplom-Geograph, lebt in Trier und arbeitet zur Zeit für die lokale Friedensinitiative AG Frieden (www.AGF-Trier.de)

Hintergrundinformationen: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz: Argumente/EPR-Euroreaktor und Atomrechtsänderung, die Atomlobby rüstet sich ins nächste Jahrtausend (12.-DM), Prinz-Albert-Str. 73, 55113 Bonn. ●